

Wahlen zum Europäischen Parlament: Plädoyer für eine offene Debatte

MARTIN HÖPNER

Auf den Vorlauf der Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) im Juni 2024 dürfen wir gespannt sein. In solchen Monaten steigt die Chance, dass europäische Themen es in den öffentlichen Diskurs schaffen. Dasselbe gilt für die innergewerkschaftlichen Debatten. Positionen zu europäischen Problemstellungen ergeben sich nicht von selbst, sie müssen mühsam erarbeitet werden. Das kann produktiv sein, es kann aber auch anders laufen. In Europawahlkämpfen kann es zu inszenierten Frontstellungen kommen: zwischen einem „guten“, pro-europäischen politischen Zentrum einschließlich Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden einerseits und „bösen“ politischen Rändern andererseits. Das fördert weder die Erschließung europapolitischer Positionen, noch macht es die integrationsskeptischen Ränder wirklich kleiner. Bei den letzten EP-Wahlen im Jahr 2019 dominierte diese Art der Frontstellung klar. Es wäre schön, wenn es 2024 anders liefe.

Zu besprechen gibt es allerhand, denn in der Europäischen Union hat sich seit 2019 viel getan. Davon zeugen auch die Beiträge im vorliegenden Heft. Die EU strebt heute, wie Hans-Jürgen Bieling verdeutlicht, vor dem Hintergrund der intensivierten Triade-Konkurrenz zwischen den USA, Europa und China nach geostrategischer Profilierung. Sie tritt damit in eine Phase ein, die Bewegung in unterschiedliche Politikfelder bringen kann. Dazu zählt vor allem die Industrie- und Technologiepolitik. Für die EU eröffnet sich damit ein konfliktträchtiges Betätigungsfeld. Nicht nur wird es darum gehen, wie eine europäische Industriepolitik aussehen kann und wie sie finanziert werden soll. Auch stellt sich die Frage, ob und in welcher Weise die Freiheitsgrade für mitgliedstaatliche Industriepolitik auszuweiten sind.

Seit den letzten EP-Wahlen ist zudem der Unionsgesetzgeber in wichtigen und wegen wackeliger Kompetenznormen manchmal überraschenden Bereichen aktiv geworden. Zu nennen sind etwa der Corona-Aufbaufonds *Next Generation EU* von 2021 und die Mindestlohnrichtlinie aus dem Jahr 2022. Außerdem trat, nach langen Kämpfen, die reformierte Entsenderichtlinie in Kraft. Mit den Auswirkungen beschäftigen sich Josephine Assmus, Anita Heindlmaier und Susanne K. Schmidt. Sie untersuchen Entsendungen von Drittstaatsangehörigen durch Polen und Slowenien. Dem Europäischen Gerichtshof zufolge dürfen die Mitgliedstaaten auch Menschen aus Drittstaaten nicht von der Dienstleistungsfreiheit ausschließen. Die Autorinnen gelangen zu einem ernüchternden Befund: Es sieht nicht danach aus, dass sich vermehrter Schutz für diese vulnerable Gruppe flächendeckend durchsetzen lässt. Das liegt vor allem am Aufwand und an der Komplexität der dafür notwendigen Verwaltungsvorgänge. Für die Betroffenen, so die Autorinnen, steht das soziale Europa bisher leider lediglich auf dem Papier.

Auch in Martin Heidenrechts Beitrag geht es um die Evaluation der sozialen Versprechen der europäischen Integration. Analysiert wird die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen den und innerhalb der Mitgliedstaaten. Der Autor kommt zu erfreulichen und unerfreulichen Befunden. Fortschritte gibt es entlang der Ost-West-Achse: Die mittel-

und osteuropäischen Mitgliedsländer konnten wirtschaftlich weiter aufholen. Anders sieht es entlang der Nord-Süd-Achse aus, wo der Konvergenzprozess zum Stillstand gekommen ist. Zuletzt hat sich der Abstand der südeuropäischen EU-Länder zum Norden sogar wieder vergrößert. Innerhalb der südeuropäischen Länder hat die Ungleichheit zugenommen. Seit dem Ende der Eurokrise durchlebt der Süden der Eurozone ein verlorenes Jahrzehnt.

Die Beiträge in diesem Heft zeugen davon, dass arbeitnehmerorientierte Politik, will sie auf die europäische Integration einwirken, vor großen Aufgaben steht – Aufgaben, von denen alles andere als klar ist, mit welchen Instrumenten sie sich bewältigen lassen. Weitere Herausforderungen europäischer Politik treten noch hinzu, von der ökologischen Transition bis zu den Problemen an den EU-Außengrenzen.

Noch aus einem anderen Grund wäre ein Wahlkampf, in dem sich die politische Mitte in EU-Fragen als moralisch erhaben inszeniert, schal. Die europäische Politik soll problemlösend und gleichwohl autonomieschonend sein – das ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite besteht, mit Fritz W. Scharpf gesprochen, in einer an die Mitgliedstaaten gerichteten Anforderung. Ihr Handeln muss gemeinschaftsverträglich sein. Und hier sollte die deutsche Politik die Nase besser nicht zu hoch tragen. Auf europäischer Bühne hat Deutschland zuletzt einiges Porzellan zerstochen.

Denn im Zuge der 2021 begonnenen Energiekrise handelte Deutschland, zur Verärgerung seiner Nachbarn, vor allem unilateral. Es widersetzte sich europäischen Reformen der Energiemarkte und zog es vor, seine Gasvorräte im Alleingang zu füllen. Beim Schutz seiner Industrie ging Deutschland unter starker Beteiligung der Sozialpartner in die Vollen und gewährte Subventionen, die sich andere EU-Länder nicht leisten können. Das verzerrt die Wettbewerbsbedingungen auf dem europäischen Binnenmarkt. Um diese Verzerrung abzustellen, müsste die Kommission die europäischen Beihilfeverbote wieder rigide durchsetzen – das ist aus den von Hans-Jürgen Bieling spezifizierten Gründen unwahrscheinlich –, oder Deutschland müsste die durch hohe Leistungsbilanzüberschüsse bewirkte vorteilhafte Refinanzierbarkeit seiner Staatsschulden mit anderen EU-Ländern teilen. Auch das erscheint weit weg. Im gewerkschaftlichen und gewerkschaftsnahen Spektrum gibt es also viel zu klären. Wir sind gespannt. ■

AUTOR

MARTIN HÖPNER, Prof. Dr., leitet die Forschungsgruppe „Politische Ökonomie der europäischen Integration“ am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (MPIfG) in Köln. Forschungsschwerpunkte: Vergleichende Politische Ökonomie, europäische Integration und Arbeitsbeziehungen.

@ mh@mpifg.de